

## **Caritas Europa – Erklärung zum EU-Pakt zu Migration und Asyl, 10. April 2024**

### **Was ist falsch am Migrationspakt der EU?**

#### **(Arbeitsübersetzung durch das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz)**

*Die heutige Plenarabstimmung des Europäischen Parlaments über den EU-Pakt zu Migration und Asyl markiert das Ende der langwierigen Verhandlungen zur Reform der europäischen Asylregelungen. Caritas Europa ist besorgt über die möglichen negativen Auswirkungen auf das Leben tausender Menschen, da die neuen Regeln den Zugang zu Schutz für diejenigen, die ihn benötigen, deutlich einschränken.*

Bedauerlicherweise versäumt es der Pakt, das dysfunktionale Dublin-System zu reformieren, wonach das EU-Land, in dem ein Asylbewerber zuerst ankommt, für die Bearbeitung des Asylantrags zuständig ist. Die neuen Regeln beruhen stattdessen auf einem komplizierten Solidaritätsmechanismus, bei dem die EU-Mitgliedstaaten faktisch dafür zahlen können, um die Umsiedlung („Relocation“) von Asylbewerbern zu vermeiden. So wird kein Ausgleich geschaffen für die größere Verantwortung, die auf die Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen zukommt.

Problematisch ist auch die Ausweitung der Anwendung von beschleunigten Asyl- und Rückführungsverfahren an den Grenzen, um Asylbewerber an den EU-Grenzen festzuhalten und „Sekundärmigration“ zu verhindern. Dies führt zu einer weit verbreiteten Inhaftierung, auch von Familien und Kindern, zu überstürzten Asylverfahren mit eingeschränkten Sicherheitsvorkehrungen und schlechten Aufnahmebedingungen in belasteten Grenzländern. Das neue Screening birgt auch die Gefahr, dass diskriminierendes „Racial Profiling“ zunimmt und legitimiert wird.

Die erweiterte Anwendung des Konzepts „sicherer Drittstaaten“ hat zur Folge, dass mehr Menschen in ein Transitland, wie beispielsweise Tunesien, zurückgeschickt werden. Dies spiegelt einen wachsenden Externalisierungstrend wider, der darauf abzielt, die Verantwortung für das Asylverfahren auf Nicht-EU-Länder zu verlagern und die Rückführung zu fördern.

Darüber hinaus wird eine Reihe von Ausnahmeregelungen eingeführt, die es den Regierungen ermöglichen, den Zugang zum Asylverfahren zu verzögern und die Grenzverfahren in Krisensituationen zu verlängern. Außerdem wird das umstrittene Konzept der „Instrumentalisierung“ von Migranten durch Nicht-EU-Länder in das EU-Recht aufgenommen.

Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, die Umsetzung des Paktes vorzubereiten. Wir fordern sie auf, eine pauschale Inhaftierung an den Grenzen zu verhindern, menschenwürdige Aufnahmebedingungen zu schaffen, einschließlich angemessener medizinischer Versorgung und Rechtsbeistand, und Nichtregierungsorganisationen Zugang zu Menschen zu gewähren, die sich in einem Grenzverfahren befinden. Es muss eine strenge Überwachung unter Einbeziehung der EU-Asylagentur und der Europäischen Kommission stattfinden, mit konkreten Konsequenzen bei Fehlverhalten und Nichteinhaltung des EU-Rechts.

„Seit 2014 sind über 30.000 Menschen im Mittelmeer gestorben; das muss sich ändern, wenn wir wollen, dass die EU ihren Werten gerecht wird. Der Zugang zu fairen und würdigen Asylverfahren und Aufnahmebedingungen in der EU sowie sichere Wege sind Teil der Lösung.“ (Michael Landau, Präsident von Caritas Europa)

Wie wir in unserem Memorandum für die Europawahlen darlegen, wollen wir, dass das neue Europäische Parlament seiner globalen Verantwortung gerecht wird, indem es ein Europa fördert, das Flüchtlingen gegenüber offener ist und sich den Menschenrechten verpflichtet weiß. Die beispiellose Solidarität mit den Flüchtlingen aus der Ukraine zeigt, was die EU tun kann, wenn ein starker politischer Wille vorhanden ist.

Erforderlich sind mehr sichere Wege, die es Menschen ermöglichen, in Sicherheit und Würde zu migrieren, zu arbeiten und sich niederzulassen. Die Ausweitung von „Resettlement“, von humanitären Visa und von Familienzusammenführung ebenso wie von Arbeitsmigration sollte Teil der Lösung sein.

Es ist an der Zeit, den positiven und unverzichtbaren Beitrag der Migranten zu den europäischen Gesellschaften anzuerkennen, anstatt der Illusion nachzuhängen, dass eine Blockade der menschlichen Mobilität möglich und wünschenswert ist.